

# Mehr subventionierte Krippenplätze

Zürich baut die Kinderbetreuung aus und vereinfacht die Administration

Wer ein tiefes oder mittleres Einkommen hat, soll in Zürich künftig Anspruch auf einen vergünstigten Krippenplatz haben. Die städtischen Ausgaben steigen um 7 bis 9 Millionen Franken jährlich.

IRÈNE TROXLER

Im Prinzip gebe es heute in der Stadt Zürich genügend Plätze für die Betreuung von Kindern im Vorschulalter, hat Zürichs Sozialvorsteher Raphael Golta (sp.) am Montagmittag an einem Mediengespräch erläutert. Allerdings finde nicht jede Familie, die von ihren finanziellen Verhältnissen her Anspruch auf einen subventionierten Platz habe, auch einen solchen. Denn bis anhin arbeitete die Stadt mit Kontingenten: Sie legte fest, wie viele vergünstigte Plätze eine Kinderkrippe anbieten darf. Diese Kontingente sollen nun fallen. Gemäss einer neuen Verordnung, die noch vom Gemeinderat genehmigt werden muss, wird die Zahl der verbilligten Plätze und damit auch die Höhe der Subventionen der Nachfrage angepasst.

## Auch für die Mittelschicht

Einen Anspruch auf subventionierte Plätze haben Familien mit einem Nettoeinkommen von maximal rund 200 000 Franken, bei zwei Kindern und keinem grossen Vermögen. Die Eltern bezahlen je nach Einkommen zwischen 12 und 120 Franken für einen Betreuungstag. Um einen vergünstigten Platz zu erhalten, müssen sie allerdings belegen, dass sie entweder erwerbstätig sind, eine Ausbildung absolvieren oder ihre Vermittlungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt erhalten müssen. Im Sinne der Frühförderung erhalten zudem Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen oder mit Defiziten in der deutschen Sprache subventionierte Plätze, auch wenn ihre Eltern nicht berufstätig sind.

Im Jahr 2015 gab die Stadt Zürich 68,3 Millionen Franken aus für die Verbilligung von Krippenplätzen. Für 2018 sind 75,5 Millionen budgetiert. Da die Nachfrage weiterhin steigen dürfte, rechnet das Sozialdepartement bis 2020 mit einem Anstieg auf 77,3 Millionen Franken jährlich. Allerdings fallen für die Stadt auch Ausgaben weg, nachdem der Kantonsrat 2015 die Abschaffung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge beschlossen hat. Der Gemeinderat erhöhte daraufhin bereits im Rahmen eines Zusatzkredites die Mittel für die Subventionierung von Kita-Plätzen.



Mehr als zwei Drittel der Vorschulkinder in der Stadt Zürich besuchten 2015 eine Krippe.

SIMON TANNER / NZZ

Kostentreibend dürfte sich auch die Vereinheitlichung der Konditionen für die Kindertagesstätten auswirken. Früher basierten sie auf komplizierten Berechnungen, in die beispielsweise auch die Höhe der bezahlten Miete einfluss. Nun werden pro subventioniertem Krippenplatz einfach maximal 120 Franken täglich entrichtet und für einen

Säuglingsplatz 170 Franken. Das ist mehr als heute. Bis jetzt konnte eine Kita durchschnittlich 110 Franken verrechnen. Da die meisten Krippen sowohl subventionierte Plätze als auch freitragende hätten, schaffe man einen Anreiz, genügend vergünstigte Plätze ins Angebot zu nehmen, sagte Golta. Mit dem gleichen Ziel im Auge entlaste

die Stadt die Betriebe neu auch in administrativen Fragen, etwa bei der Überprüfung der Berufstätigkeit der Eltern.

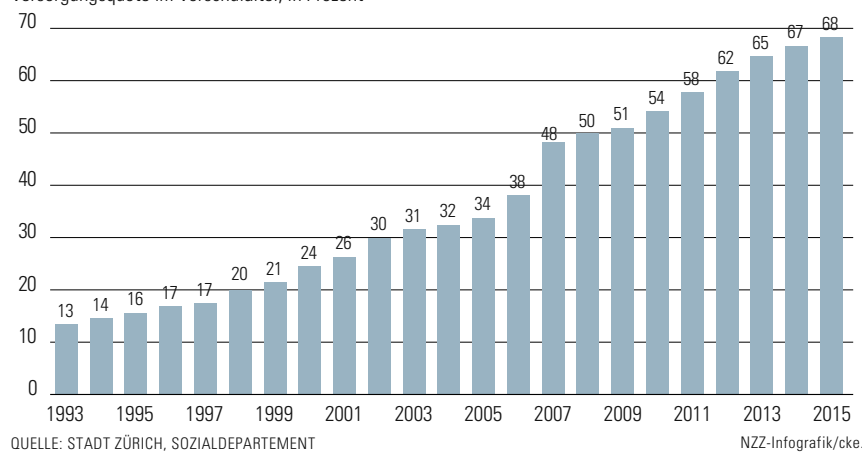
## Keine Betreuungsgutschriften

Er habe auch das Finanzierungsmodell mit Gutscheinen geprüft, das beispielsweise die Stadt Luzern anwende, sagte Golta. Damit würden die Subventionen direkt an die Eltern ausbezahlt, nicht an die Krippen. Dieses System berge das Risiko, dass die Krippentarife mit der Zeit ansteigen würden. Im Zürcher Modell hingegen dürfe eine Krippe nicht mehr als die maximalen 120 Franken pro Tag verlangen für einen subventionierten Platz.

In der Stadt Zürich besuchten im Jahr 2015 über zwei Drittel der Vorschulkinder eine Krippe (siehe Grafik). Angesichts des starken Zuwachses in den letzten Jahren spricht Golta von einem Erfolgsmodell. In der Bevölkerung geniessen die Anstrengungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine hohe Akzeptanz. 2005 stimmte die Stadt an der Urne einer Vorlage sehr deutlich zu, die ein «der Nachfrage entsprechendes Angebot» für Kinderbetreuung in der Gemeindeordnung verankerte.

## Steigende Nachfrage nach Krippenplätzen

Anteil der Vorschulkinder, für die in der Stadt Zürich ein Krippenplatz zur Verfügung steht  
Versorgungsquote im Vorschulalter, in Prozent



# Kantonsrat beschneidet Naturschutz

Den Bürgerlichen im Zürcher Parlament geht der Sparwille der Regierung zu wenig weit

asü. · Es war eine Dernière: Zum letzten Mal hat der Kantonsrat seine Schwerpunkte zum mittelfristigen Finanzplan losgelöst von der Budgetdebatte festgelegt. Die bürgerliche Mehrheit blieb dabei am Dienstag ihrem Kurs treu. So soll auch die Baudirektion im Generalsekretariat sparen, 200 000 Franken pro Jahr. Baudirektor Markus Kägi (svp.) führte vergeblich ins Feld, der Kantonsrat habe sein Generalsekretariat bereits im Budget 2017 gestutzt – würde dieser Antrag umgesetzt, blieben Arbeiten liegen, die Bürger müssten es ausbaden. Der Entscheid für den Antrag fiel mit 122 zu 15 Stimmen klar aus. Bereits am Montag mussten die anderen Direktionen Kürzungen ihrer Generalsekretariate hinnehmen. Insgesamt führen die vom Kantonsrat angestrebten Einschnitte von 2018 bis 2020 zu Einsparungen von 8,7 Millionen Franken.

Bindend sind die vom Kantonsrat an die Regierung überwiesenen Erklärungen

zum konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2018 bis 2021 allerdings nicht. Der Regierungsrat kann innerhalb von drei Monaten begründen, warum er eine Massnahme nicht umsetzen will. Steht die KEF-Debatte für sich alleine, wirkt sie darum reichlich wirkungslos. Auf Dezember 2017 hin wird die KEF-Beratung nun in die Budgetdebatte integriert. So können Zielsetzungen für die Entwicklung des Finanzhaushalts der nächsten vier Jahre und die kurzfristige Budgetierung gleichzeitig festgelegt werden – dass dies sinnvoll ist, bestreitet niemand.

In der derzeitigen KEF-Debatte hat der Kantonsrat 20 von 46 Erklärungen überwiesen. Am Montag fielen neben den Kürzungen in den Generalsekretariaten Reduktionen der Lohnsumme für das Staatspersonal und der Einlage in den Verkehrsfonds ins Gewicht, zudem soll unter anderem die Gesundheitsdirektion in den Bereichen Prävention

und somatische Akutversorgung sparen. Am Dienstag blieben diverse Anträge von einzelnen Parteien chancenlos, etwa solche der SVP für Kürzungen bei der Universität. Mehrheiten fanden dafür im Wesentlichen folgende Anträge:

■ **Natur- und Heimatschutz:** Mit 92 zu 67 Stimmen sprach sich der Rat dafür aus, die Einlage in den Natur- und Heimatschutzfonds von 2018 bis mit 2020 um jährlich eine Million auf 22 Millionen Franken zu reduzieren. Für Martin Hübscher (svp., Wiesendangen) ist dies massvoll. Auch die gekürzte Einlage liege um 4 Millionen Franken über dem gesetzlich vorgeschriebenen Minimum. FDP, EDU, CVP und BDP sahen dies gleich. Josef Wiederkehr (cvp., Dietikon) sagte, es sei angemessen, wenn auch der Natur- und Heimatschutz einen Beitrag zur Haushaltssanierung leisten müsse. Manuel Sahli (al., Winterthur) hielt dagegen, das Vorhaben bedeute einen

Naturschutz-Abbau auf Raten und sei schlicht «ein Mist», für Gerhard Fischer (evp., Bäretswil) müssten die Bauern die Zeche zahlen, wenn Naturschutz vernachlässigt werde. Thomas Wirth (glp., Hombrechtikon) meinte, die Biodiversität nehme ab, Arten stürben aus – Massnahmen dagegen seien wichtig, auch wenn sie etwas kosteten.

■ **Höhere Abschlussquoten:** Mit deutlichen Mehrheiten überweist der Kantonsrat zwei KEF-Erklärungen, in denen höhere Abschlussquoten auf Sekundarstufe II allgemein und spezifisch bezüglich der Berufsmaturität gefordert werden. Der Wert für Erstere soll bis 2020 auf 95 Prozent steigen (statt wie von der Regierung geplant auf 87), jener für Letztere auf 171 (statt 156). Die SVP wehrte sich als einzige Fraktion, Bildungsdirektorin Silvia Steiner (cvp.) mahnte den Rat, er solle realistische Ziele setzen.

## REFORMATIONSJUBILÄUM

### Bildung

Von Christoph Sigrist

Debatten um Bildung sind politische Dauerbrenner. Angesichts der Unübersichtlichkeit drängt sich eine Vergewisserung auf, auf welchen Fundamenten und wozu wir Bildung betreiben. Also «ad fontes»: zur Reformation, zu Zwingli. «Deshalb soll man den Jüngling zu den Brunnen wysen», schrieb er 1526. Zu den Quellen drängte es Zwingli seit der Kindheit. Am 19. Juni 1525 begann er mit Kollegen, im Chor des Grossmünsters die Bibel aus den Ursprachen ins Deutsche zu übersetzen. «Zurück zu den Quellen»: zum Urvertrauen in Gott und Christus, zu den Vorbildern der Bibel, zur solidarischen Verantwortung gegenüber dem Nächsten. Dreimal möchte ich aus dem Brunnen Wasser für die aktuelle Bildungsarbeit schöpfen:

■ **Bildung und Dialog:** Bildung hat sich an einem Bild zu orientieren, bei dem Menschen sich nicht den Rücken zukehren. Im Gegenteil: Wenn Menschen sich auf Augenhöhe begegnen, öffnen sie sich gegenseitig die Augen für Neues, Überraschendes. Bilden heisst kompetent werden im Staunen, dass die Welt auch anders aussehen kann. Wer staunt, beginnt selber zu denken, was andere vorgedacht haben. Wer denkt, gewinnt Kompetenz, über Wahres und Richtiges zu streiten. Zwingli tritt mit seinen Kollegen darum, wie nachzudenken sei, was Gott vorgedacht hat. Seine Streitkultur ist ein Vorbild und innerhalb und ausserhalb von Kirchen neu zu lernen.

■ **Bildung und Religion:** Die Vorstellungen davon, was Gott vorgedacht hat, ist in einer pluralen Gesellschaft selbst plural geworden. Religion und Kultur legen zwei Spuren für religiöses Lernen.

## 500 JAHRE REFORMATION SCHATTENWURF ZWINGLI

Vor 500 Jahren begann die Reformation. Im «Schattenwurf Zwingli» projiziert der Lichtkünstler Gerry Hofstetter in einer Kunstaktion an jedem Monatsersten Zwinglis Schatten. Parallel dazu erläutert Grossmünsterpfarrer Christoph Sigrist als Botschafter des Reformationjubiläums in der NZZ in zwölf Botschaften, was Gegenwart der Reformation bedeutet. Der zweite Schattenwurf mit Podiumsdiskussion findet heute Mittwoch 19.30 Uhr im Grossmünster statt (<https://schattenwurfzwingli.ch/>).

«Teaching about religion» gehört heute zum obligatorischen Unterricht: Jedes Kind hat Religion zu lernen wie Mathematik und Sprachen. Andererseits tragen Kirchen und religiöse Gemeinschaften die Verantwortung, die ihr anvertrauten Menschen in ihrem religiösen Aufwachen zu begleiten («teaching in religion»). Diese Doppelhelix gehört zur humanistischen Bildung und weist den Weg zum Brunnen, an dem Menschen zusammenkommen, voneinander lernen und miteinander Schritte ins Offene wagen.

■ **Bildung und Armut:** Wer einen Beruf erlernt, beruft sich darauf, eigenverantwortlich das Heft in die Hand zu nehmen und solidarisch für andere Verantwortung zu übernehmen. Die Hilfe zur Selbsthilfe hilft, eigene Schritte zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu wagen. Was die Reformatoren mit ihren Bildungsprogrammen zur Armutsbekämpfung vorgelegt haben, ermutigt, in Zukunft noch mehr «in Gott's Name» zu investieren in Bildung von Sprache und Beruf gegen Armut, Abhängigkeit und Ausgrenzung. In Gottes Namen? Ja, denn Gott ist – so die Einsicht Zwinglis – nicht neutral, sondern parteiisch für die Elenden, Witwen und Waisen.

Dialog und Streitkultur, über Religion lernen und in den Glauben wachsen, lernen und aus der Armut fliehen: drei Wege zum Brunnen, aus der die Quelle humanistischer Bildung sprudelt. «Es ist etwas Köstliches, im Wissen um die Fehlleistungen anderer unser Leben besser aufzubauen und aufgrund von Vorbildern anderer erkennen zu können, was man erstreben oder meiden soll.» (Zwingli)